

### Moskau: Wiederannäherung an Pyongyang?

Fritsche, Klaus

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

GIGA German Institute of Global and Area Studies

#### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Fritsche, K. (1996). Moskau: Wiederannäherung an Pyongyang? *Korea - Politik, Wirtschaft, Gesellschaft*, 216-231.  
<https://doi.org/10.11588/kjb.1996.0.2648>

#### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-SA Lizenz (Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:  
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de>

#### Terms of use:

This document is made available under a CC BY-SA Licence (Attribution-ShareAlike). For more information see:  
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0>

# Moskau: Wiederannäherung an Pjöngjang?

Klaus Fritsche

Seitdem Rußland sich 1860 in seiner heutigen Region Primorje festsetzte, wurde der koreanischen Halbinsel von Moskau eine besondere strategische Bedeutung beigemessen. Beide haben eine gemeinsame, wenn auch nur ca. 20 km lange Grenze, und immer wieder ist die Halbinsel ein Zankapfel zwischen Rußland, China, Japan und den USA gewesen. In der Blockkonfrontation des Kalten Krieges waren auch in Korea die Fronten klar gezogen. Pjöngjang war ein enger, wenn auch unzuverlässiger Bündnispartner Moskaus, der zum Ärger des Kreml erfolgreich seine beiden kommunistischen Nachbarn gegeneinander ausspielte. Mit Südkorea lagen die Beziehungen auf Eis. Auch unter Gorbatschow änderte sich anfangs nur wenig an dieser Konstellation. Im Gegenteil: In den Jahren 1984 bis 1987 konnten die russisch-nordkoreanischen Beziehungen als besonders eng bezeichnet werden. Erst 1988, mit der Teilnahme der UdSSR an den Olympischen Spielen in Südkorea, der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Moskau und Seoul und dem wirtschaftlich bedingten Einbruch der russisch-nordkoreanischen Wirtschaftsbeziehungen ab 1989 wurde der Kurswechsel des Kreml unverkennbar.<sup>1</sup> Nach dem Zusammenbruch der UdSSR im Dezember 1991 setzte sich die unter Gorbatschow begonnene Umorientierung der russischen Außenpolitik mit unveränderter Dynamik fort. Auch in der Asienpolitik wurde ein strategisches Bündnis mit den USA und dem Westen angestrebt. Auf der koreanischen Halbinsel hoffte Moskau mit Seoul nicht nur auf einen potenten Wirtschaftspartner, sondern sah in der Zusammenarbeit mit dem Süden eine auf Demokratie und Marktwirtschaft basierende „Wertepartnerschaft“. Die Beziehungen zu Nordkorea waren nicht nur wirtschaftlich zu einer immer weniger tragbaren Belastung geworden, sondern standen auch der anvisierten Integration in die asiatisch-pazifische Region im Wege. Politik, Wissenschaft und Massenmedien verstärkten die Kritik am stalinistischen Nordkorea und erwarteten nach den Erfahrungen Osteuropas einen schnellen Zusammenbruch auch dieses Systems.

## 1 Entwicklung der Beziehungen seit 1992

Während sich so die Beziehungen Moskaus zu Seoul sprunghaft entwickelten, erreichten die zu Pjöngjang nahezu den Nullpunkt. Verantwortlich dafür war nicht nur das gesunkene russische Interesse, sondern auch die Tatsache, daß Pjöngjang den gesellschaftlichen Umbruch in Rußland, die enge Partnerschaft

<sup>1</sup>Siehe ausführlicher Fritsche, Klaus: „Neue Annäherung Moskaus an Pjöngjang? Rußland und die koreanische Halbinsel“, in: *Berichte des BIOst*, Nr.13 (1996).

mit den USA und die Annäherung an Seoul als „Verrat“ am Sozialismus und an sich selbst betrachtete.

### 1.1 Politische Beziehungen

Entsprechend waren die Ergebnisse, als am 17./18. Januar 1992 der damalige China-Botschafter Igor Rogatschow als Sonderbeauftragter Jelzins nach Pyonyang reiste. Die nordkoreanische Führung erkannte, daß sie nicht mehr auf Unterstützung des Kremls hoffen konnte. In der Folgezeit wurde die Zahl der bilateralen Konsultationen erheblich reduziert. Und auf die verbalen russischen Medienattacken antwortete Pyonyang mit Protesten und einer verdeckten Propaganda, in der Rußland faktisch mit den USA und anderen „feindlich gesonnenen Mächten“ auf eine Stufe gestellt wurde.<sup>2</sup> Weitere Konflikte erhöhten die Spannungen. Zu nennen sind u.a. die russische Position in der Menschenrechtsfrage, die Pyonyang als Einmischung in die inneren Angelegenheiten verurteilte. Daß Moskau geflüchteten Nordkoreanern politisches Asyl gewährte und ihnen die Ausreise nach Südkorea erlaubte, wurde von Pyonyang als gesetzwidrige Aktion bezeichnet. Auch widersetzte sich Pyonyang der Übereinkunft zwischen Japan, Rußland und Südkorea über die Rückführung von Teilen der koreanischen Minderheit auf Sachalin.<sup>3</sup> Nicht zuletzt zeigte sich Pyonyang unzufrieden damit, daß Kim Il-sung in neuen russischen Schulbüchern für den Koreakrieg verantwortlich gemacht wird und daß die russische Führung 1994 mehr als 3.000 Seiten bis dahin geheimer Dokumente aus dieser Zeit an Kim Yong-sam übergab. Aber schon Ende 1992 wurden in Moskau Stimmen laut, die für „ausgewogene Beziehungen“ zu beiden Staaten der koreanischen Halbinsel eintraten. Pyonyang lehnte nicht offen ab, sondern erwartete die ersten Schritte vom Kreml. Tatsächlich wurde das russische Außenministerium aktiv, und Ende Januar/Anfang Februar 1993 entsandte Jelzin G. Kunadse, den damaligen stellvertretenden Außenminister, als Sonderbeauftragten nach Nordkorea.<sup>4</sup> Neben dem Abkommen von 1961 und der Nuklearfrage standen auch wirtschaftliche Fragen, insbesondere die von Rußland geforderte Schuldenrückzahlung, im Zentrum der Diskussion. Ab 1994 verstärkte die russische Regierung ihre Avancen ge-

<sup>2</sup>Siehe z.B. Torkunov, Anatolij V.: *Problema bezopasnosti na Korejskom poluostrove: meždunarodno-političeskie i vnutrikorejskie aspekti* (Probleme der Sicherheit auf der koreanischen Halbinsel: internationale politische und innerkoreanische Aspekte), Moskau 1995, S.16.

<sup>3</sup>Zhebin, Alexander: „Russia and Korean unification“, in: *Asian Perspective*, Jg.19, Nr.2 (Fall/Winter 1995), S.184.

<sup>4</sup>Siehe ausführlich MID Rossijskoj Federacii: „Brifing Zamestitel'jaminastranynych inostrannyh del RF G. F. Kunadze. O konsul'tacijach meždju ministervami inostrannyh del RF i KNDR“ (Briefing des stellvertretenden Außenministers der RF G. F. Kunadse. Über die Konsultationen zwischen den Außenministerien der RF und der DVRK), in: *Diplomatičeskij vestnik*, Nr.5-6 (März 1993), S.28-31.

genüber Pyongyang. Mitte Mai besuchte eine Delegation des nordkoreanischen Außenministeriums Moskau, regelmäßige Konsultationen und Treffen von Parlamentariern wurden bei dieser Gelegenheit vereinbart.<sup>5</sup> Nach dem Tode Kim Il-sungs reiste am 20. September der stellvertretende Außenminister Panow nach Pyongyang, in seinem Gepäck eine mündliche Botschaft des russischen Präsidenten an den designierten neuen Staats- und Parteichef Kim Jong-il. Panow schlug ein neues Handelsabkommen vor, eine Sitzung der zwischenstaatlichen Kommission für wirtschaftliche Zusammenarbeit wurde verabredet.<sup>6</sup> Nur zwei Monate später unterzeichneten die zuständigen Ministerien der beiden Länder ein Protokoll über die Zusammenarbeit in den Bereichen Gesundheit und Medizinwissenschaft für die Jahre 1994 bis 1996.<sup>7</sup> Es sollte bis zum April 1996 dauern, als unter Leitung von Vitali Ignatenko, einem der stellvertretenden Premierminister Rußlands, eine größere Delegation zur ersten Sitzung der zwischenstaatlichen Kommission für wirtschaftliche, technische und wissenschaftliche Zusammenarbeit zu Verhandlungen nach Pyongyang reiste (10.-12. April). Das Treffen und gleichzeitig stattfindende politische Konsultationen endeten damit, daß beide Seiten ihre unterschiedlichen Positionen zu verschiedenen Fragen festhielten, insbesondere was die Möglichkeiten zur Sicherung des Friedens auf der koreanischen Halbinsel betrifft. Vor allem wies die nordkoreanische Führung jegliche Vorschläge der russischen Seite, als Vermittler tätig zu werden, energisch zurück.<sup>8</sup> Wesentliche Fortschritte in den bilateralen Beziehungen sind also nicht zu erkennen. Aber es wird wieder verhandelt.

## 1.2 Wirtschaftliche Beziehungen

Eine besondere Belastung für die Beziehungen stellt die Entwicklung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit dar. Der Rückgang der russischen Lieferungen bedeutete einen großen Schock für die von russischen Ersatzteillieferungen stark abhängige nordkoreanische Wirtschaft. Nachdem der Außenhandel zwischen beiden Ländern bereits zwischen 1988 und 1991 einen Rückgang von ca. 60 Prozent verzeichnete, fiel er von 1992 bis 1994 weiter: von 600 Mio. auf 140 Mio. US\$.<sup>9</sup> Der russische Anteil an den nordkoreanischen Importen, der 1988 noch bei über 60 Prozent gelegen hatte, ging auf knapp 10 Prozent zurück. Besonders gravierend wirkte sich der Rückgang an von Nordkorea dringend benötigten Erdölimporten aus. Sie fielen kontinuierlich von 855.000 t im Jahr

<sup>5</sup>KCNA news agency, 30.5.1994, zit. n. SWB FE/2011 D/4, 1.6.1994.

<sup>6</sup>Siehe Platkovskij, Aleksandr: „Moskva vstupae v èpochu Kim Čen Ira“ (Moskau tritt in die Ära Kim Chong-ils ein), in: *Izvestija*, 28.9.1994, S.3.

<sup>7</sup>KCNA, 15.11.1994, zit. n. SWB FE/2154 D/3, 16.11.1994.

<sup>8</sup>ITAR-TASS, 14.4.1996, zit. n. SWB SU/2586 B/16, 15.4.1996.

<sup>9</sup>Siehe Flake, L. Gordon: „International economic linkages of North Korea“, in: NAPS-NET, Januar 1996 [im Internet unter <http://www.essential.org/nautilus>].

1986 auf 40.000 t im Jahr 1991. Und 1993 sollen es gerade noch 30.000 t gewesen sein.<sup>10</sup> Ein weiterer Faktor war der 1992 erfolgte Übergang von Barter- auf Hartwährungshandel. Ein neuer Aufschwung in der wirtschaftlichen Zusammenarbeit war bis Ende 1995 nicht zu erkennen. Gemeldet wurden einige Abkommen zwischen den fernöstlichen russischen Regionen und Nordkorea, erste russische Aktivitäten in der nordkoreanischen Freihandelszone Rajin-Sonbong und vor allem der Abschluß eines neuen Abkommens über den Einsatz nordkoreanischer Holzfäller im russischen Fernen Osten.<sup>11</sup> Daß das im April 1996 unterzeichnete Wirtschaftsprotokoll Veränderungen bringen wird, ist eher unwahrscheinlich.

### 1.3 Militärische Zusammenarbeit

Die Sowjetunion war Ende der 80er Jahre auch der bedeutendste Lieferant von Rüstungsgütern. 1991 wurden die Rüstungslieferungen jedoch offiziell eingestellt. Der militärische Erfahrungsaustausch soll jedoch fortgesetzt werden, nachdem 1992 eine Vereinbarung über den weiteren Austausch zwischen den Militärbehörden unterzeichnet wurde.<sup>12</sup> Angesichts der expandierenden Rüstungsexporte Rußlands gab es immer wieder Gerüchte, daß auch Nordkorea in den Genuß erneuter russischer Waffenlieferungen gekommen sei. So kamen im Frühjahr 1994 z.B. Befürchtungen auf, daß der über japanische Mittelsmänner erfolgte Verkauf von 12 außer Dienst gestellten, schrottreifen U-Booten militärischen Zwecken diene. Beweise für neue Rüstungsexporte gibt es bisher nicht. Offensichtlich ist aber, daß Rußland diese nicht prinzipiell ausschließt. So hat zwar Präsident Jelzin die Einstellung der *Militärhilfe* an Nordkorea bekannt gegeben. Gleichzeitig wird in Rußland aber davon ausgegangen, daß die DVRK gleichberechtigtes Mitglied der Vereinten Nationen sei, über das keine Sanktionen verhängt sind. Dementsprechend gebe es keinerlei rechtliche Hindernisse für die *kommerzielle Lieferung* irgendwelcher Rüstungsgüter.<sup>13</sup>

## 2 Warum verbesserte Beziehungen zu Pjöngjang?

Immer noch dominiert eindeutig Südkorea in den Außenbeziehungen Rußlands zur koreanischen Halbinsel. Dennoch sind Bemühungen unübersehbar, die Beziehungen zu Nordkorea zu verbessern und ausgewogene Beziehungen

<sup>10</sup> „North Korea struggling to increase power output“, in: *North Korea News*, No.722 (1994), S.3f.

<sup>11</sup> Siehe Fritsche, Klaus: „Nordkoreanische Holzfäller in Russisch Fernost“, in: *Aktuelle Analysen des BIOst*, Nr.9 (1996).

<sup>12</sup> Torkunov, A. V./Ufimcev, E. P.: *Korejskaja problema: novyj vzgljad* (Das Korea-Problem: neue Ansichten), Moskau 1995, S.181.

<sup>13</sup> MID Rossijskoj Federacii 1993, S.30 [s. Anm.4].

zu beiden koreanischen Staaten herzustellen. Worin liegen aber die Gründe für diese Entwicklung? Sie sind zum einen im Rahmen der 1992/1993 begonnenen Neubestimmung der russischen Außenpolitik zu finden, in der die bis dahin dominierende Ausrichtung auf den Westen durch eine stärkere Betonung der asiatischen Dimension ersetzt worden ist. Verbunden war damit aber auch der Übergang zu geopolitischen Denkansätzen, zu einer Betonung der „russischen nationalen Interessen“, hinter denen sich die neuen Großmachtsprüche verbergen. Dabei gewann im sicherheitspolitischen Denken der Machtfaktor und die Rolle von Streitkräften, insbesondere auch der nuklear gerüsteten, größere Bedeutung. Darüber hinaus spielen regionale Faktoren eine wichtige Rolle. Auch in der Korea-Politik kritisierten die Kommunisten und Nationalpatrioten die prowestliche Ausrichtung, hier in Form einer Fixierung auf den kapitalistischen Süden, und das damit verbundene Fallenlassen des alten und zuverlässigen Verbündeten Nordkorea. Sie sahen und sehen in Nordkorea nach wie vor einen wichtigen potentiellen Verbündeten gegen den amerikanischen Imperialismus und, systemisch gedacht, als ein zu verteidigendes Land des Sozialismus. Ihr Ziel bleibt, den amerikanischen Einfluß auf der Halbinsel zu eliminieren. Dennoch kann es schon Erstaunen hervorrufen, daß der LDPD-Vorsitzende Schirinowski Anfang Oktober 1994 während einer Reise nach Nordkorea erklärte: „Die Welt wird jetzt von Unruhen und Unordnung beherrscht, doch Korea schreitet in enger Geschlossenheit voran ... So wird es zu einem Land, das selbst Rußland beneidet ... und zu einer Oase für die Welt.“<sup>14</sup>

## 2.1 Russische Geopolitik und das „nahe Ausland“ Korea

Die Opposition vermochte zwar einigen Druck auf die russische Regierung auszuüben, entscheidend für die Neuorientierung war aber der Siegeszug des geopolitischen Denkens auch unter den ehemaligen „Westlern“. In dem neuen „alten Denken“ rückte die *militärstrategische Bedeutung der gesamten Halbinsel* gegenüber dem *ökonomischen Gewicht Südkoreas* wieder in den Vordergrund. Außenminister Kosyrew bezeichnete die Halbinsel in einem im Westen kaum registrierten Interview als sozusagen „nahes Ausland“.<sup>15</sup> Andere Autoren führen als Argument ins Feld,<sup>16</sup> daß Rußland als unmittelbarer Nachbar von den dortigen Entwicklungen direkt berührt sei und die Halbinsel zudem ein Schlüsselproblem für die gesamte sicherheitspolitische Struktur Ostasiens

<sup>14</sup> KCNA, Pyongyang, 4.10.1994, zit. n. DW Monitor-Dienst Asien, 5.10.1994, S.2.

<sup>15</sup> Andrej Kozyrev/Leonid Mlečin: „Severokorejskoe lobbij v dume dejstvuet protiv interesov Rossii“ (Die nordkoreanische Lobby in der Duma handelt gegen die Interessen Rußlands), in: *Izvestija*, 18.6.1994, S.1.

<sup>16</sup> Siehe zum folgenden Torkunov 1995, S.13-14 [s. Anm.2]; Mjasnikov, Vladimir: „Vosprijimat' partnera takim, kakov on est'“ (Den Partner nehmen, wie er ist), in: *Segodnja*, 3.6.1994, S.3, und Denisov, Valerij: „Rossija na Korejskom poluostrova“ (Rußland auf der koreanischen Halbinsel), in: *Segodnja*, 4.11.1994, S.4.

darstelle. Mit Rußland, den USA, China und Japan seien alle Hauptakteure der Region dort involviert. Moskau, das „Zonen guter Nachbarschaft“ entlang seiner Grenzen anstrebe, wolle ein friedliches und wiedervereinigtes Korea, das „gutnachbarschaftliche Beziehungen“ zu Rußland unterhalte. Es fordere dabei keine Privilegien, erkenne die Interessen anderer Länder auf der Halbinsel an, lehne aber auch die Hegemonie anderer Länder über Korea ab. Gute Beziehungen zu allen interessierten Seiten erforderten aber auch, daß diese die langfristigen Interessen Rußlands als Großmacht anerkennen. Sah die außenpolitische Konzeption 1992 noch vor, die russischen Interessen durch eine enge sicherheitspolitische Kooperation mit den USA und Integration in die Region zu verfolgen, so ist in dieser Hinsicht in Moskau heute Skepsis eingekehrt. Russische Autoren und Politiker sehen sich bei ihren Integrationsversuchen nicht nur zurückgestoßen, sondern werfen insbesondere den USA vor, Rußland von der Region fernhalten zu wollen. Ein aktives Moskau, so Waleri Denisow aus der Korea-Abteilung des russischen Außenministeriums, entspreche nicht den nationalen Interessen der USA.<sup>17</sup> Und bezüglich Korea sieht er eine breit angelegte Offensive der USA, die, ohne Rücksicht auf die russischen Interessen zu nehmen, danach streben, ihren Einfluß auch auf den nördlichen Teil der Halbinsel auszudehnen, um der einzige Lenker des koreanischen Schicksals zu werden.<sup>18</sup> Aber auch die Beziehungen zu Südkorea haben nicht die in Moskau gehegten Erwartungen erfüllt. So besteht in der russischen Politik heute weitgehend Konsens über die Notwendigkeit verbesserter Beziehungen zu Pyonyang. Zum einen wird davon ausgegangen, daß Moskau nur mit Einfluß auf beide koreanische Staaten „im Spiel bleiben“ und sich eine Position in einem zukünftigen vereinigten Korea sichern kann. Durch die Verschlechterung der Beziehungen seien die „Möglichkeiten Rußlands, positiv auf die Entwicklungen der Situation in unmittelbarer Nähe der Grenze Einfluß zu nehmen, begrenzt“<sup>19</sup> worden. Auch wirtschaftliche Gründe werden ins Feld geführt, um die Notwendigkeit der Wiederbelebung der Beziehungen zu Nordkorea zu begründen. Nur so sei erstens überhaupt an eine Tilgung der Schulden Pyonyangs zu denken, angesichts der großen Zahl mit sowjetischer Hilfe errichteten Unternehmen würde sich zweitens ein nicht unbedeutender Absatzmarkt erschließen, und drittens könnten auch nur dann einige der ambitionierten russisch-südkoreanischen Projekte verwirklicht werden. Gedacht wird dabei vor allem an das Gas aus Jakutien, das über eine durch Nordkorea führende Pipeline nach Südkorea geführt werden soll.

<sup>17</sup>Denisov, Valerij: „Otlučenie ot integracii“ (Von der Integration ausgeschlossen), in: *Nezavisimaja gazeta*, 26.8.1994, S.4.

<sup>18</sup>Denisov 1994 [s. Anm.16.].

<sup>19</sup>Torkunov 1995, S.14 [s. Anm.2].

## 2.2 Koexistenz zweier koreanischer Staaten oder Wiedervereinigung?

Aber unter der angestrebten Verbesserung der Beziehungen zu Nordkorea sollen, wenn es nach Moskau geht, die Beziehungen zum Süden nicht leiden. Als vorbildlich wird dabei immer wieder die Politik Chinas bezeichnet, das es geschafft habe, seine Beziehungen zu Nordkorea trotz der florierenden Kontakte mit Südkorea aufrechtzuerhalten. Mitverantwortlich für dieses Umdenken ist die Neueinschätzung der Entwicklung auf der Halbinsel. 1991/1992 waren viele Korea-Experten in Moskau von einem schnellen Zusammenbruch Nordkoreas ausgegangen und hatten eine „deutsche Lösung“ erwartet. Aber trotz der sich verschärfenden Krise erwies sich das Regime in Pyongyang stabiler als erwartet. Auch in Südkorea haben die deutschen Erfahrungen Skepsis wegen der mit einer schnellen Vereinigung verbundenen Kosten hervorgerufen. Zudem müsse „das Fehlen persönlicher Beziehungen zwischen den Bürgern der beiden Korea ... als Haupthindernis für jeden Fortschritt betrachtet werden“. Es wird daher zunehmend die Auffassung vertreten, daß die beiden Korea zur Wiedervereinigung „weder reif sind noch sie wirklich wünschen“. <sup>20</sup> Deshalb müsse noch für längere Zeit von der Existenz zweier unabhängiger koreanischer Staaten ausgegangen werden. Daß dies gegenwärtig auch im russischen Interesse liegt, gestehen russische Autoren nicht ein. Es wird im Gegenteil immer wieder betont, daß es für Rußland keine Alternative zur Wiedervereinigung gebe. Statt dessen wird insbesondere China als Gegner eines vereinten Korea dargestellt. Angesichts der Tatsache, daß auch der Norden im Falle des Zusammenbruchs unter amerikanisch-südkoreanischen Einfluß fallen würde, wird es als unwahrscheinlich betrachtet, daß China einem solchen vereinten Korea zustimmen würde. <sup>21</sup> Hier liegt jedoch auch der Grund, warum auch Moskau angesichts seiner gegenwärtigen Schwäche nicht an der Vereinigung des Landes interessiert ist. Gleichzeitig befürwortet Moskau die Verstärkung des Dialogs zwischen beiden Seiten und die Realisierung der zwischen Nord- und Südkorea getroffenen Vereinbarungen über die Denuklearisierung der Halbinsel, die durch die Nuklearmächte USA, China und Rußland garantiert werden soll, und die Einleitung eines Prozesses, durch den der Waffenstillstandsvertrag von 1953 durch eine friedensvertragliche Lösung ersetzt werden soll. Insbesondere der letzte Punkt ist zu einem neuen Streitpunkt im Verhältnis zu Pyongyang geworden, das durch verschiedene Aktivitäten die Tätigkeit der Waffenstillstandskommission behindert und einen Friedensvertrag ausschließlich mit den USA fordert. Nicht nur Seoul, sondern auch Moskau wäre dabei ausgeschlossen. Rußland verlangt deshalb einen multila-

<sup>20</sup>Siehe insbesondere Žebin, Aleksandr: „Jadernaja karta' Pchen'jana: blef vo imja vyzivanija?“ (Die „nukleare Karte“ Pjöngjangs: Bluff zum Überleben?), in: *Segodnja*, 24.6.1994, S.3.

<sup>21</sup>Zhebin 1995b, S.186 [s. Anm.3].



teralen Verhandlungsprozeß, der zur friedlichen Lösung des Korea-Konflikts und zur Sicherheit in ganz Nordostasien beitragen soll.

### **3 Rußland im Streit um Nuklearkrise und militärischen Beistandsvertrag**

Die Auseinandersetzung über die Korea-Politik schlug und schlägt sich in einer widersprüchlichen Politik nieder. Exemplarisch soll dies an der Krise um das nordkoreanische Nuklearprogramm und der Auseinandersetzung über die Kündigung oder Verlängerung des Beistandsvertrages von 1961 dargestellt werden.

#### **3.1 Rußland im Konflikt um die nordkoreanische Bombe**

Seit Mitte der 80er Jahre und nach dem Zusammenbruch der UdSSR hat sich die strategische Lage auf der koreanischen Halbinsel entscheidend zugunsten Südkoreas verändert. Pyonyang verlor mit Moskau einen wichtigen Pfeiler seiner Sicherheitspolitik, und das Ausbleiben der wirtschaftlichen Unterstützung hatte einen krisenverschärfenden Schock zur Folge. Auch China begann, sich Südkorea anzunähern, und nahm am 24. Oktober 1992 diplomatische Beziehungen zu Seoul auf. Im Gegensatz zu Moskau hielt Beijing jedoch die Verbindungen zum Norden aufrecht, wurde zum größten Handelspartner und blieb während der Nuklearkrise ein relativ zuverlässiger Partner Pyonyangs. Unter diesen veränderten außenpolitischen Bedingungen sah sich Nordkorea 1991 gezwungen, von seinem Alleinvertretungsanspruch Abschied zu nehmen, eine Politik „Zwei Systeme, zwei Staaten“ zu akzeptieren und der gleichzeitigen Mitgliedschaft beider Korea in den Vereinten Nationen zuzustimmen. Vor allem aber begann sich die nordkoreanische Politik auf die USA als zentralen Akteur auszurichten, von dem es politische Anerkennung, wirtschaftliche Unterstützung und damit Sicherheitsgarantien erhoffte. Als Einsatz brachte Pyonyang sein wahrscheinlich bereits Mitte der 60er Jahre begonnenes Nuklearprogramm ins Spiel, rief damit eine der schärfsten internationalen Krisen der letzten Jahre hervor - und hatte damit nicht geringen Erfolg.

**3.1.1 Pyonyang, die Bombe und der Ursprung der Krise** Der nordkoreanische Griff zur Bombe beunruhigte auch den Kreml. Die russische Regierung forderte die Rückkehr Nordkoreas in den Atomwaffensperrvertrag, die Einhaltung der Inspektionen durch die Internationale Atomenergiebehörde (IAEA) und bekräftigte ihre Ablehnung einer Nuklearisierung der koreanischen Halbinsel. Entsprechend habe die UdSSR schon 1985 den Beitritt Pyonyangs zum Sperrvertrag zur Voraussetzung eines Vertrages über die

Lieferung von drei Atomkraftwerken gemacht und dann 1993 deren vereinbarte Lieferung wegen der nordkoreanischen Nuklearpolitik eingefroren.<sup>22</sup> Aber eine einheitliche Auffassung bestand auch in dieser Frage nicht. Umstritten waren drei eng miteinander verknüpfte Probleme: erstens das von einem nuklearen Nordkorea ausgehende Gefahrenpotential, zweitens die Einschätzung, ob Pyongyang im Besitz der Bombe ist, und drittens Fragen nach den Ursachen der aktuellen Krise. Was die Einschätzung des Gefahrenpotentials betrifft, so vertrat nicht nur der damalige Außenminister Kosyrew die Auffassung, daß Atomwaffen auf der koreanischen Halbinsel nicht nur eine direkte Bedrohung für Rußland darstellen würden. Es bestehe die Gefahr, daß andere „Atomkandidaten“ einem nordkoreanischen Vorbild folgen könnten und sich bis zur Jahrtausendwende entlang der südlichen Grenzen der GUS eine Nuklearzone entwickeln könnte.<sup>23</sup> Insbesondere Nationalisten und Kommunisten teilten diese Einschätzung jedoch nicht. Sie sahen in einem nuklearen Nordkorea keine Bedrohung, weder für die Sicherheit Rußlands noch für die der ganzen Region. Verwiesen wurde auf das weitaus größere japanische und südkoreanische Potential und die davon ausgehenden Gefahren.<sup>24</sup> Einige Duma-Vertreter dieser Gruppen sahen in der nordkoreanischen Bombe sogar einen positiven Verteidigungsfaktor gegen die USA und ihre Alliierten.<sup>25</sup> Was die zweite Frage betrifft, so gingen die Kritiker Pyongyangs davon aus, daß Nordkorea entweder schon Nuklearwaffen besitze oder aber ernsthafte Anstrengungen in dieser Richtung unternehme und in naher Zukunft, falls es nicht zu einem Kurswechsel bewegen werden könne, zur Herstellung in der Lage sein werde. Unterschiedlich sind auch die Positionen bei den Kritikern der Regierungspolitik. Es wurde argumentiert, daß der Norden entweder keine Nuklearwaffen besitze oder der Weg zu einer möglichen Einsatzfähigkeit noch weit sei. Und Georgi Kaurow vom Ministerium für Atomenergie argumentierte, daß alle ihm zur Verfügung stehenden Fakten klare Beweise für die „antinukleare Einstellung“ Pyongyangs seien.<sup>26</sup> In engem Zusammenhang mit den Antworten auf die ersten beiden Fragen steht die Einschätzung der Ursachen

<sup>22</sup> So Georgi Kunadse, Botschafter in Seoul, nach dessen Aussage 1987 mit Feasibilitystudien begonnen und 1991 ein Abkommen über die Lieferung von drei AKWs im Wert von 4 Mrd. US\$ abgeschlossen worden sei [siehe Shim Jae Hoon: „Korea: Silent partner“, in: *Far Eastern Economic Review*, 29.12.1994/5.1.1995, S.14f.]. Zhebin erklärte demgegenüber, daß die Lieferung an finanziellen Problemen gescheitert sei [Zhebin, Alexander: „Russia and North Korea: An emerging, uneasy partnership“, in: *Asian Survey*, 35 (August 1995) 8, S.730].

<sup>23</sup> Kozyrev/Mlečin 1994 [s. Anm. 15].

<sup>24</sup> Siehe z.B. Mjasnikov, Vladimir: „Rossija v korejskom krizise“ (Rußland in der koreanischen Krise), in: *Segodnja*, 12.8.1994, S.3.

<sup>25</sup> Bazhanov, Eugene/Bazhanova, Natasha: „The evolution of Russian-Korean relations. External and internal factors“, in: *Asian Survey*, Jg.34, Nr.9 (September 1994), S.796.

<sup>26</sup> Veslo, Anatolij: „Krepnut rjady družej KNDR“ (Die Reihen der Freunde der DVRK festigen sich), in: *Segodnja*, 22.6.1994, S.1.

der aktuellen Krise. Diejenigen, die von Pyongyangs Bestreben überzeugt sind, sich in den Besitz von Nuklearwaffen zu setzen oder dies zumindest als Druckmittel gegen die USA zu nutzen, sehen in ebendiesen Bemühungen den Kern der Krise. Für diejenigen, die diese Einschätzung nicht teilen, liegt die Ursache ebenso eindeutig bei den USA und ihren Verbündeten, deren Ziel es sei, nicht nur Nordkorea als Staat, sondern auch seine herrschende Elite zu liquidieren.<sup>27</sup> Nuancen sind insofern zu erkennen, als einige Vertreter der letzteren Position bestimmte Anliegen der USA als gerechtfertigt betrachten und Pyonyang gewisse taktische Fehler ankreiden.

**3.1.2 Verhandlungslösung contra Sanktionen** Mit dieser Auseinandersetzung waren aber auch die Eckpunkte der weiteren Auseinandersetzungen gesetzt. Die russische Regierung trat kategorisch gegen den von Pyonyang angekündigten Austritt aus dem Atomwaffensperrvertrag auf, unterstützte in der Internationalen Atomenergiebehörde die Forderung nach umfassenden Inspektionen. Mit den USA gab es weitgehend Übereinstimmung, selbst die Geheimdienste beider Länder tauschten Informationen über die Entwicklung der Krise aus.<sup>28</sup> Für die Nationalisten und Kommunisten war die Sache eindeutig. In einer auch vom stellvertretenden Sprecher der Duma, A. Wengerowski (LDPD), unterzeichneten Erklärung vom 4. April 1994 heißt es z.B.: „Wir sind überrascht und verärgert, daß einige Kreise in den USA, nach der Errichtung einer 'neuen Weltordnung' strebend, neue ungerechtfertigte Bedingungen gegenüber unserem traditionellen Verbündeten, der DVRK, aufgestellt haben und die Spannungen erneut erhöhen.“<sup>29</sup> Die russische Regierung befand sich in einem Dilemma. Die Bereitschaft, auch zu Druckmitteln zu greifen, um dem Nichtweiterverbreitungsregime zur Geltung zu verhelfen, waren unverkennbar. Dem stand aber das Bemühen um verbesserte Beziehungen zu Nordkorea gegenüber, das durch die Unterstützung von Sanktionen konterkariert worden wäre. Der Kreml versuchte angesichts dieser Lage einen Mittelweg - auch aus innenpolitischen Gründen, um nicht als bloßer Vollzieher der amerikanischen Politik kritisiert zu werden. Die russische Führung betonte den Vorrang politischer Maßnahmen, brachte eine Sicherheitsgarantie für Nordkorea durch die drei Nuklearmächte USA, Rußland und China ins Spiel, betrachtete aber Sanktionen als äußerste Maßnahme. Einerseits sei ihre Wirkung begrenzt, andererseits könne die nordkoreanische Führung damit in die Ecke und zu möglichen Verzweiflungsaktionen gedrängt werden. Im Zentrum der Moskauer Vorschläge stand eine internationale Konferenz, da es, so das russische Außenministerium, unangemessen sei, „dieses Problem in einem bilateralen Rahmen anzugehen. Wir schlagen ein multilaterales Heran-

<sup>27</sup> *Žebin* 1994 [s. Anm. 20].

<sup>28</sup> ITAR-TASS, 21.6.1994, zit. n. SWB FE/2029 D/3, 23.6.1994.

<sup>29</sup> KCNA news agency, 8.4.1994, zit. n. SWB FE/1968 D/5, 11.4.1994.

gehen vor, in dessen Zentrum eine internationale Konferenz stehen könnte“. Als mögliche Teilnehmer werden Nord- und Südkorea, die VR China, die USA, Rußland, Japan und Vertreter des Generalsekretärs der Vereinten Nationen und der Internationalen Atomenergiebehörde genannt. Die Tagesordnung sollte sich aber nicht auf die Nuklearfrage beschränken, sondern drei Punkte umfassen: erstens die Sicherung des atomwaffenfreien Status der koreanischen Halbinsel, zweitens die Normalisierung der Beziehungen zwischen den Teilnehmerländern und drittens die Verminderung der Spannung auf der Halbinsel und die Verbesserung der Nord-Süd-Beziehungen.<sup>30</sup> Der Konferenzvorschlag wurde von der russischen Diplomatie ab Ende März 1994 forciert und als einziger Mechanismus für das Erreichen einer politischen Lösung betrachtet. Noch nach der erfolgreichen Carter-Reise nach Pyonyang erklärte der stellvertretende Außenminister Panow: „Die Erfahrung zeigt, daß bilaterale Kontakte niemals zu einer Lösung führen. Eine internationale Konferenz unter der Schirmherrschaft des Sicherheitsrates ist immer noch notwendig.“<sup>31</sup> Gleichzeitig schloß die russische Führung, für den Fall des Scheiterns der Verhandlungen Sanktionen nicht aus. Während einer gemeinsam Pressekonzferenz anläßlich des Moskau-Besuchs des südkoreanischen Präsidenten Kim Yong-sam signalisierte Jelzin erstmals vorsichtige Zustimmung. Und am 13. Juni einigte er sich mit dem amerikanischen Präsidenten Clinton in einem Telefongespräch über Sanktionen, wenn Nordkorea weiter den Rückzug aus dem Atomwaffensperrvertrag betriebe.<sup>32</sup> Da die amerikanische Seite seinem Wunsch zustimmte, im Weltsicherheitsrat parallel über Sanktionen und die Durchführung der von Moskau gewünschten Konferenz zu diskutieren, begannen sich die amerikanischen und russischen Standpunkte wieder anzunähern. Aber bevor eine endgültige Übereinstimmung über das konkrete Vorgehen erzielt werden konnte, fühlte sich Moskau durch einen amerikanischen Resolutionsentwurf, der auch eine Auflistung konkreter Sanktionen enthielt, provoziert. Dennoch konnte nach Konsultationen zwischen Warren Christopher und Kosyrew Übereinkunft über einen Resolutionsentwurf hergestellt werden. Darin wurde zur Verhängung von Sanktionen nach 30 Tagen aufgerufen, wenn Pyonyang nicht auf die Forderungen eingehe. Gleichzeitig enthält der Entwurf den Vorschlag, innerhalb dieser Zeitspanne eine internationale Konferenz abzuhalten, um doch noch positive Entwicklungen zu ermöglichen.<sup>33</sup> Kosyrew zeigte Zufriedenheit und betonte die weitgehende Übereinstimmung der russischen und der amerikanischen Position. Dabei scheint Washington die

<sup>30</sup> Moiseev, V.: „Rossija-Respublika Koreja: kursom konstruktivnogo partnersva“ (Rußland - Republik Korea: Auf dem Weg zu einer konstruktiven Partnerschaft), in: *Problemy Dal'nego Vostoka*, Nr.4 (1994), S.8ff.

<sup>31</sup> Russia TV, 18.6.1994, zit. n. SWB SU/2027 B/5, 21.6.1994.

<sup>32</sup> Ostankino Channel 1 TV, 14.6.1994, zit. n. SWB SU/2022 B/4, 15.6.1994.

<sup>33</sup> Foye, Stephen: „Joint Russian-US statement on North Korea“, in: *RFE/RL News Briefs*, Jg. 3, Nr.26 (1994), S.4.

Unterstützung von Sanktionen als Gegenleistung für die Zustimmung zum Konferenzvorschlag erhalten zu haben. Sehr ernst war dieses Eingehen auf die Moskauer Konferenzforderung jedoch wohl nicht. Da die Konferenz der Verhängung von Sanktionen vorausgehen sollte, hätte sie, und das wäre wohl kaum realisierbar gewesen, innerhalb von dreißig Tagen vorbereitet und durchgeführt werden müssen. Auf der anderen Seite dürfte Moskau darauf spekuliert haben, mit dem Hinweis auf die zugesagte Konferenz die Umsetzung des Sanktionsbeschlusses verschieben zu können. Aber zu einem Lackmus-Test sollte es nicht mehr kommen. Die Reise des amerikanischen Ex-Präsidenten Jimmy Carter nach Pyongyang und das dort von Kim Il-sung verkündete Einlenken änderten die politische Wetterkarte. Entgegen der Erwartungen war der Bilateralismus doch erfolgreich, Moskau hatte sein stärkstes Argument für seinen Konferenzvorschlag verloren und stand nun mit leeren Händen dar. Entsprechend gemischt waren in Moskau die Reaktionen auf das am 21. Oktober 1994 in Genf zwischen Pyongyang und Washington geschlossene Abkommen. Einerseits wurden Zustimmung und Unterstützung signalisiert, andererseits gab sich Kosyrew skeptisch. Er glaube nicht, daß das Abkommen in der gegenwärtigen Form den Erfolg garantiere.<sup>34</sup> Für Waleri Denissow, stellvertretender Leiter der Korea-Abteilung im Außenministerium, steht jedoch im Zentrum der Kritik, daß Moskau durch die Umorientierung des nordkoreanischen Nuklearprogramms beiseite geschoben worden sei und die USA wie Nordkorea den russischen Konferenzvorschlag im bilateralen Poker zu eigenen Zwecken ausgenutzt hätten.<sup>35</sup>

**3.1.3 Poker um Rußlands Reaktoren** Moskau blieb jedoch nach Abschluß des Genfer Abkommens noch die Hoffnung darauf, die zu installierenden Atomreaktoren liefern zu können. Eine Entscheidung darüber mußte die laut Abkommen zu gründende „Korean Peninsula Energy Development Organization“ (KEDO) treffen, in der die USA, Japan und Südkorea Mitglied wurden. Aber Seoul wollte nicht nur den Löwenanteil der auf 4-6 Mrd. US\$ geschätzten Kosten zahlen, sondern auch liefern. Es widersetzte sich deshalb vehement - und fand dabei in Washington Unterstützung - den nordkoreanischen Forderungen nach russischen Reaktoren. Letztlich wurde die Lieferung südkoreanischer Reaktoren vereinbart. Pyongyang hatte dabei die „russischen Reaktoren“ mit Erfolg eingesetzt, um den Preis für sein Zugeständnis in die Höhe zu treiben. In Moskau fühlte man sich mehrfach getroffen. Unter anderem wurde darauf hingewiesen, daß der Reaktortausch eine russische Idee gewesen sei und es deshalb seltsam wäre, wenn Rußland nun nicht auch die Ausführung übernehme. Nicht zuletzt wurde argumentiert, daß Rußland bisher keine Reaktoren geliefert habe, weil es seine nukleare Zusammenarbeit

<sup>34</sup>Yonhap news agency, 4.3.1995, zit. n. SWB FE/2244 D/1, 6.3.1995.

<sup>35</sup>Denisov 1994 [s. Anm.16].

mit Nordkorea in strenger Beachtung des Atomwaffensperrvertrages eingestellt habe. Es werde jetzt dafür bestraft, daß es sich in der Vergangenheit konsequent an die Regeln gehalten habe.<sup>36</sup> Moskau verzichtete unter diesen Umständen darauf, Mitglied der KEDO zu werden, obwohl es dazu eingeladen war. Es wolle diesen Schritt nur vollziehen, wenn es einen „wirklich gewichtigen Beitrag“ beim Umbau des nordkoreanischen Nuklearprogramms leisten könne.<sup>37</sup>

### 3.2 Keine Kündigung des Beistandsvertrages aus Moskau

Neben der Nuklearfrage war es vor allem das Schicksal des Beistandsvertrages von 1961, das die Gemüter - nicht nur in Rußland - bewegte. Der Vertrag stellte die völkerrechtliche Basis der sowjetisch-nordkoreanischen Beziehungen dar und beinhaltete in Artikel 1 eine militärische Beistandsklausel. Für die Russische Föderation als Rechtsnachfolgerin der UdSSR war dieser Vertrag Teil des sowjetischen Erbes. Angesichts der abgekühlten russisch-nordkoreanischen Beziehungen und der neuen politischen Ausrichtung verkündete die russische Regierung bereits im Januar 1992 eine einschränkende Interpretation des Vertrages. Danach werde Beistand nur im Fall eines „nicht provozierten Angriffs“ und zudem nicht automatisch geleistet, sondern nur, wenn Moskau aufgrund eigener Einschätzungen und in Übereinstimmung mit der russischen Verfassung eine solche Entscheidung treffe.<sup>38</sup> Aber Klarheit war offensichtlich noch nicht geschaffen. So wandte sich das russische Außenministerium im Juli desselben Jahres gegen südkoreanische Forderungen, nach denen der Vertrag annulliert werden müsse, und erklärte, daß die Abkommen mit Nordkorea „im vollen Umfang ihre Gültigkeit behalten und weiterhin ein wichtiges Element der militärischen und politischen Stabilität auf der koreanischen Halbinsel darstellen“.<sup>39</sup> Demgegenüber erklärte Jelzin mehrfach, daß der Vertrag entweder für ungültig erklärt oder wesentlich korrigiert werden müsse. Auch in den Verhandlungen mit Nordkorea im Januar 1993 betonte die russische Seite, daß die Beistandsverpflichtung nur für den Fall eines nicht provozierten Angriffs gelte und zudem gegen kein drittes Land gerichtet sei. Seit 1994 gewann die Diskussion über das Schicksal des Vertrages an Bedeutung und machte widersprüchliche Positionen in der russischen Regierung deutlich. So erklärte z.B. Alexander Panow in einer Situation sich zuspitzender Spannungen um Nordkorea am 29. März 1994, daß Rußland in Übereinstimmung mit

<sup>36</sup> Torkunov 1995, S.22 [s. Anm.2].

<sup>37</sup> ITAR-TASS, 29.12.1995, zit. n. SWB FE/2499 D/3, 3.1.1996.

<sup>38</sup> Mel'nikov, Evgenij: „Rossija-KNDR: nužny novye principy otnošenij“ (Rußland-DVRK: Neue Prinzipien der Beziehungen notwendig), in: *Segodnja*, 15.9.1995, S.9.

<sup>39</sup> „Zajavlenie predstavitelja MID Rossijskoj Federacii, 27.7.1992“ (Erklärung des Vertreters des russischen Außenministeriums), in: *Diplomatičeskij vestnik* (August 1992), 15-16, S.57.

dem existierenden Vertrag im Falle eines „nicht provozierten Angriffs“ Unterstützung gewähren werde.<sup>40</sup> Insbesondere der Zeitpunkt, zu dem die Bereitschaft einer militärischen Unterstützung geäußert wurde, ließ die Presse dies als Rückendeckung für die nordkoreanische Führung interpretieren. Auch wenn das Außenministerium die Äußerung dahingehend „richtig stellte“, daß der Vertrag nur noch „pro forma“ gültig sei,<sup>41</sup> löste diese den Widerspruch zu der Aussage eines russischen Diplomaten in Washington nicht auf, nach der ein wegen des Nuklearprogramms erfolgter Angriff auf den Norden keine Maßnahmen nach dem Vertrag von 1961 nach sich ziehen würde.<sup>42</sup> Und diese Widersprüche, aber auch Relativierungen ehemals klarer Aussagen, setzten sich in der Folgezeit fort. Auch während des Moskau-Besuchs von KimYong-sam im Juni 1994 bekräftigte Jelzin, daß der Artikel 1 nur für den Fall eines nicht provozierten Angriffs gelte. Die russische Seite schränkte aber ein, daß die Entscheidung über die Verlängerung des Vertrages in Abhängigkeit von der Situation getroffen werde, die zum Kündigungstermin auf der Halbinsel herrsche.<sup>43</sup> Nur zwei Wochen später wies Außenminister Kosyrew Berichte zurück, nach denen Rußland den Vertrag nicht verlängern wolle. Er erklärte am 17. Juni vor der Duma, daß darüber noch keine Entscheidung getroffen worden sei, aber eine „moderne Interpretation des Vertrages“ diskutiert werde.<sup>44</sup> 1995 schien sich dann die Kündigungsposition durchzusetzen. Verteidigungsminister Gratschow kündigte im Mai in Seoul an, daß der Vertrag nicht verlängert werde.<sup>45</sup> Und auch Alexandr Panow erklärte das Dokument nun zu einem „toten Papier“, verwies aber darauf, daß in Moskau eine Arbeitsgruppe eingesetzt worden sei, die prüfe, ob das Abkommen revidiert oder außer Kraft gesetzt werden soll.<sup>46</sup> Moskau befand sich, so ein Artikel in der *Izvestija*, in einer delikaten Situation: Sollte der Vertrag nicht gekündigt werden, würde Jelzin sein Gesicht in Südkorea verlieren, eine Kündigung würde andererseits die Beziehungen zu Nordkorea noch weiter belasten. Als dann, wenige Wochen vor dem 10. September, schließlich ein Beschluß gefaßt wurde, war damit keine wirkliche Entscheidung getroffen. Zwar unterbreitete Moskau am 7. August 1995 Pyongyang den Entwurf eines „Vertrages über die Grundlage freundschaftlicher Beziehungen“ und erweckte in der internationalen Öffentlichkeit damit den Eindruck, daß der Vertrag von 1961 gekündigt worden sei. Daß dies nicht der Fall war, bestätigte auch ein Vertreter des Außenministeriums: „Weder Moskau noch Pyongyang haben am 10. September 1995 oder

<sup>40</sup> Ekho Moskvy radio, 29.3.1995, zit. n. SWB SU/1961 B/10, 1.4.1995.

<sup>41</sup> *Izvestija*, 31.3.1994, zit. n. SWB FE/1966 D/2, 8.4.1995.

<sup>42</sup> Zit. n. Rubinstein 1994, S.487 [s. Anm.39].

<sup>43</sup> „Vizit Kim En Sama v Rossiju“ (Besuch Kim Yong-sams in Rußland), in: *Diplomatičeskij vestnik*, Nr.13-14 (Juli 1994), S.12-13.

<sup>44</sup> ITAR-TASS, 17.5.1994, zit. n. SWB FE/2026 D/5-6, 20.6.1994.

<sup>45</sup> „Rußland kündigt Freundschaftspakt mit Nordkorea“, in: FAZ, 22.5.1995, S.1.

<sup>46</sup> Yonhap news agency, 19.5.1995, zit. n. SWB FE/2311 D/2, 24.5.1995.

ein Jahr vor Ablauf des Vertrages ... erklärt, daß sie das Dokument ad acta legen. Somit, so die Quelle, ist der Vertrag automatisch um fünf weitere Jahre verlängert: Im gegenseitigen Einverständnis sei eine Änderung möglich."<sup>47</sup> Moskau hat damit die Entscheidung über die Zukunft des Vertragswerkes faktisch an Pjöngjang abgetreten. Denn bis zu einer Einigung über einen neuen Vertrag wird derjenige von 1961 weiterhin völkerrechtliche Gültigkeit haben, auch wenn Moskau weiterhin an der einschränkenden Interpretation des Bestandsparagrafen (kein automatischer Eintritt des Bündnisfalles) festhalten wird. Damit hat der Kreml nicht nur Pjöngjang nachgegeben, sondern es haben auch diejenigen Kräfte die Oberhand gewonnen, für die der Vertrag immer noch eine stabilisierende Rolle spielt, nach wie vor ein wichtiges Instrument des Einflusses auf Pjöngjang ist und die schon die einschränkende Interpretation des Vertrages als Fehler betrachtet hatten.

#### 4 Rußland ohne Einfluß auf die koreanische Halbinsel?

Es ist unverkennbar, daß Rußland verbesserte Beziehungen zu Nordkorea anstrebt, auch wenn die Motive durchaus nicht einheitlich sind. Während Nationalisten und Kommunisten eine neue strategische Partnerschaft gegen die USA und ihre Verbündeten im Blick haben, ist das Ziel des vom geopolitischen Denken geprägten „Mainstreams“ die Entwicklung „ausgewogener Beziehungen“ zu beiden koreanischen Staaten, deren Koexistenz, und nicht deren Wiedervereinigung, für einen langen Zeitraum als unumgänglich und als wünschenswert betrachtet wird. Interessen der anderen Großmächte werden dabei durchaus anerkannt. Angestrebt wird die Sicherung maximaler Einflußmöglichkeiten auf der Halbinsel. Die Übergänge zwischen diesen Positionen sind zum Teil fließend. Mit seinem Verhalten in der Nuklearkrise und insbesondere durch die Nichtkündigung des Bestandsvertrages von 1961 hat der Kreml eine Vorleistung für eine erneute Annäherung an Pjöngjang erbracht. Aber Rußlands politische, wirtschaftliche und militärische Ausgangsbedingungen für eine aktive Rolle auf der koreanischen Halbinsel sind schlecht. Wirtschaftskrise, politische Instabilitäten und der militärische Niedergang haben dazu geführt, daß Rußland heute von einer geschwächten Position aus agieren muß. Zudem stieß Rußland auf eine Situation, in der die Hauptakteure in der Region, die USA, China und Japan, einer stärkeren russischen Rolle in der Region mit Ablehnung gegenüberstehen. Auf der koreanischen Halbinsel selbst unterhält Moskau relativ stabile Beziehungen mit Seoul, aber sein Einfluß ist allenfalls als begrenzt zu bezeichnen. Möglichkeiten, den russischen Interessen gegenüber Pjöngjang Geltung zu verschaffen, sind gegenwärtig faktisch nicht vorhanden. Die russische Politik versucht die Lage in doppelter Weise zu verändern: Zum einen durch eine Wiederannäherung

<sup>47</sup> Interfax, 6.11.1995, zit. n. DW Monitor-Dienst Osteuropa, 8.11.1995, S.13.



an Nordkorea, zum zweiten durch die Forderung nach multilateralen Mechanismen unter russischer Beteiligung. Wie sind die Chancen einzuschätzen? Wie der Verlauf der Nuklearkrise gezeigt hat, stößt der Vorschlag einer internationalen Konferenz zur Lösung des Korea-Problems auf keine Zustimmung. Der Krenl hat diese Idee aber nicht zu den Akten gelegt, sondern schlägt die Durchführung der Konferenz jetzt als Mittel vor, um das von Nordkorea sabotierte Waffenstillstandsabkommen durch einen Friedensvertrag zu ersetzen.<sup>48</sup> Nachdem anfänglich der südkoreanische Präsident Kim Yong-sam ganz im Sinne Moskaus Nord- und Südkorea, China und den USA als die „beteiligten Staaten“ und Japan und Rußland als zwei „interessierte Staaten“ als Dialogpartner ins Gespräch gebracht hatte,<sup>49</sup> haben jetzt Seoul und Washington ein „Zwei-plus-zwei“-Modell einer Viererkonferenz unter Beteiligung Nord- und Südkoreas, Chinas und der USA vorgeschlagen. Damit stehen nicht nur die Chancen für die von Moskau vorgeschlagene Konferenz schlecht, sondern Rußland würde im Falle der Verwirklichung dieser Konzeption auch von einer direkten Beteiligung am Verhandlungsprozeß über einen Friedensvertrag für Korea ausgeschlossen sein.<sup>50</sup> Auch die Aussichten auf eine entscheidende Verbesserung der Beziehungen zu Pjöngjang sind gegenwärtig schlecht. Nordkorea setzt alles daran, zu einer Übereinkunft mit den USA zu kommen. Eine engere Zusammenarbeit mit Rußland ist hierfür eher hinderlich. Hinzu kommen die Widersprüche zwischen Moskau und Pjöngjang. Die nordkoreanische Führung hat den „Verrat“ Moskaus noch nicht vergessen. Auch sind ihr die engen russisch-südkoreanischen Beziehungen ein Dorn im Auge. Die wirtschaftliche und strategische Unterstützung, die Moskau bieten kann, stellt für Pjöngjang nur einen geringen Anreiz zur Wiederannäherung an Rußland dar. Andererseits verfolgt Nordkorea in der Nuklearfrage und mit der Verletzung des Waffenstillstandsabkommens von 1953 eine Politik, die von der gegenwärtigen russischen Führung als inakzeptabel betrachtet wird. Diese tiefen Widersprüche sind auch die Erklärung dafür, warum es trotz vieler Absichtserklärungen von russischer Seite zu keinem wesentlichen Fortschritt in den Beziehungen zwischen beiden Ländern gekommen ist. Die Chancen, daß Rußland auch zukünftig auf der koreanischen Halbinsel eine wichtige Rolle spielen wird, sind also gering. Es spricht alles dafür, daß Moskau noch mehr als bisher an den Rand der Ereignisse gedrängt wird.

<sup>48</sup> So der stellvertretende Außenminister Panow, siehe ITAR-TASS, 24.7.1995, zit. n. DW Monitor-Dienst Asien, 25.7.1995, S.7.

<sup>49</sup> Petrov, Evgenij: „Dva plus dva minus Moskva“ (Zwei plus zwei minus Moskau), in: *Nezavisimaja gazeta*, 11.10.1995, S.4.

<sup>50</sup> Siehe *Süddeutsche Zeitung*, 17.4.1996, S.2.